

# VIETNAM

AXEL NEUBERT ||

In der heutigen Zeit leidet das Christentum in aller Welt unter Bedrängnis und Verfolgung. Die Diskriminierung des Christentums hat hingegen kein global einheitliches Gesicht und geht häufig mit vielschichtigen Problemen sozialer und ethnischer Natur einher. Dies gilt insbesondere auch für Vietnam, das die zweitgrößte christliche Gemeinde in Südostasien beherbergt. Einerseits strebt das Land nach der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zum Vatikan und damit in Richtung von mehr Toleranz und Religionsfreiheit, andererseits werden im autoritär geprägten kommunistischen System gesellschaftlichem Engagement von religiösen Gemeinschaften häufig enge Grenzen gesetzt, da die Regierung eine zu starke Rolle der Glaubensgemeinschaften als Bedrohung des eigenen Machtmonopols und der staatlichen Einheit empfindet.

## Die Etablierung des Christentums in Vietnam

Zunächst brachten portugiesische und holländische Missionare im Zuge der europäischen Handelsexpansion und dem Vordringen der Kolonialmächte den Katholizismus nach Vietnam.<sup>1</sup> Während der französischen Kolonialherrschaft (1883 bis 1954) wurde die Kirchenorganisation im Land weiter stark ausgebaut. Kanadische Missionare führten schließlich 1911 den Protestantismus ein, der sich in den ersten Jahrzehnten vornehmlich im Süden des Landes entwickelte. Die Etablierung des kommunistischen Herrschaftssystems in Nordvietnam unterband ab 1950 die Praktizierung des Chris-

tentums weitestgehend, wurden doch durch die Ausschaltung jeglicher politischer Opposition sowie ideologisch begründeten Atheismus und Nationalismus die bisherigen organisatorischen Grundlagen für ein kirchliches Leben nahezu vollständig zerstört. Zur selben Zeit konnte sich der Katholizismus in Südvietnam unter aktiver Förderung der Militärregierung, die diesen als Bollwerk gegen den Kommunismus betrachtete, sehr schnell weiter ausbreiten. Nach der Wiedervereinigung von Nord- und Südvietnam entspannte sich die Lage der Christen im Norden im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik ab 1986.<sup>2</sup>

Die spirituelle Ausrichtung der meisten Vietnamesen folgt einer Mischung aus Mahayana Buddhismus, Konfuzianismus und Taoismus. Aufgrund dieser sogenannten Dreifachreligion (vietnamesisch *tam giáo*), aber auch als Folge des kommunistischen Systems, bekennen sich viele Vietnamesen nicht zu einer bestimmten Glaubensrichtung oder bezeichnen sich gar als konfessionslos. Nach offiziellen Regierungsangaben ist die Bevölkerungsmehrheit atheistisch. Tatsächlich sind aber mindestens 50% der Vietnamesen Buddhisten.<sup>3</sup> Der Katholizismus ist nach dem Buddhismus die zweitgrößte Konfession des Landes. Dem Caodaismus folgt lediglich 1% der Bevölkerung, während der Islam keine nennenswerte Rolle spielt.<sup>4</sup>

Das Christentum in Vietnam setzt sich hauptsächlich zusammen aus den Konfessionen Katholizismus und Protestantismus, die gemäß offiziellen Angaben 6,7 respekti-

ve 0,5% der Gesamtbevölkerung ausmachen.<sup>5</sup> Nach offiziellen Zahlen zählt die christliche Gemeinde in Vietnam damit sechs Millionen Anhänger, einige Schätzungen gehen von bis zu acht Millionen aus. Die katholische Gemeinde Vietnams stellt damit im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die nach den Philippinen zweitgrößte in Südostasien und die fünftgrößte Asiens dar.<sup>6</sup> Geografisch verteilt sich der Katholizismus über das ganze Land, mit Schwerpunkten in den Provinzen um Ho-Chi-Minh-Stadt und Hanoi sowie in Teilen des zentralen Hochlands. Der Großteil der Protestanten ist bei den ethnischen Minderheiten im zentralen Hochland zu finden, die unter der Bezeichnung „Montagnards“ bekannt sind. Ferner zum Christentum zu zählen sind die marginalen Gemeinden der Russisch-Orthodoxen Kirche sowie der Mennoniten.

Historisch gesehen haben Katholizismus und Protestantismus in Vietnam keinen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des Verfassungs- und Parteiensystems gehabt. Erschwerend für die politische Akzeptanz des Christentums hat sich seine enge Verknüpfung mit den kolonialen Bestrebungen Frankreichs und dem darauf folgenden Eingriff der USA erwiesen.<sup>7</sup> Durch die geringe politische Partizipationsmöglichkeit der Christen ist die Implementierung christlicher Werte- und Gesellschaftsvorstellungen auf politischer Ebene fast unmöglich. Mehrere Katholiken und Protestanten berichteten in diesem Zusammenhang von erlittener inoffizieller Diskriminierung bei Bewerbungen für Regierungsposten.<sup>8</sup> Auch im Medienbereich finden sich auf regionaler oder gar nationaler Ebene keine einflussreichen Zeitungen oder andere Presseorgane, die ausdrücklich vor einem christlichen Hintergrund arbeiten.<sup>9</sup>

Generell besteht in Vietnam kein Recht auf freie Meinungsäußerung; die Verbreitung von Material, welches den Regierungskurs kritisiert, die nationale Sicherheit bedroht, Staatsgeheimnisse enthüllt oder „reaktionäres“ Gedankengut vermittelt, wird strafrechtlich verfolgt.

## Rechtliche Situation und Konflikte

Das Recht auf Religionsfreiheit ist in der vietnamesischen Verfassung verankert. Dieser Anspruch ist in der Praxis jedoch teilweise eingeschränkt. Gemäß Verfassung dürfen religiöse Aktivitäten öffentlichen Interessen, der nationalen Sicherheit oder den kulturellen Traditionen nicht zuwiderlaufen. Aufgrund dieser unklaren Begriffe besteht ein hohes Maß an rechtlicher Unsicherheit. Gerade auf regionaler Ebene nutzt die Exekutive diese Unsicherheit, um die Rechte von Christen und anderen religiösen Minderheiten bisweilen willkürlich einzuschränken.<sup>10</sup> In diesem Kontext ist im Besonderen Artikel 88 der Verfassung zu nennen, welcher für Propaganda jeglicher Art gegen den Staat eine Gefängnisstrafe von drei bis zwanzig Jahren vorschreibt. Diese Bestimmung wird von den Autoritäten häufig dazu benutzt, unliebsame Blogger, Kritiker und Aktivisten zu inhaftieren, darunter auch solche mit religiösen Motiven.<sup>11</sup>

Religiöse Gruppierungen müssen sich beim Staat registrieren lassen und dürfen nur unter vom Staat akzeptierten Organisationen wirken. Hierfür hat das kommunistische Regime Vietnams nationale Vertretungen der Kirchen geschaffen, die unter staatlicher Aufsicht stehen und die innere Autonomie massiv beschneiden (z.B. die Auswahl von Priestern und Bischöfen, auch wenn hier Verbesserungen spürbar sind). Die Kontrolle der christlichen Gemeinden geschieht über die Gewährung bzw. Verweigerung einer staatlichen Registrierung. Dies hat zur Folge, dass es zu einer Spaltung in „legale“, durch den Staat geschützte Aktivitäten und „illegale“ Aktivitäten kommt, die dann häufig im Untergrund stattfinden müssen. Dies macht ein organisiertes Gemeindeleben oftmals schwierig. Zu den Religionsgruppen, die erhebliche Vereinigungs- und Versammlungsrestriktionen erfahren oder noch schlimmere Verfolgungen erleiden, gehören neben nicht genehmigten oder unabhängigen Gemeinden von Mennoniten, Caodaisten, Hoa Hao-Buddhisten,

ethnischen Khmer Theravada-Buddhisten und Mitgliedern der *Unified Buddhist Church of Vietnam* auch die Montagnard-Christen im zentralen Hochland Vietnams.

Der besondere Fall der Montagnard-Christen geht auf Mitte des letzten Jahrhunderts zurück, als eine große Anzahl der lokalen ethnischen Minoritätenbevölkerung vom damals verbreiteten Animismus zum Christentum konvertierte. Durch den Sieg Nordvietnams 1975 wurden katholische und protestantische Kirchen im zentralen Hochland geschlossen und viele Montagnards, einschließlich Pastoren, inhaftiert. Vor diesem Hintergrund schlossen sich in den Neunzigerjahren vermehrt Protestanten zu inoffiziellen Hauskirchen zusammen.<sup>12</sup> In den Folgejahren mussten die Montagnards vermehrt Landenteignungen und härtere Restriktionen gegen ihre Hauskirchen hinnehmen. Im Jahre 2000 wurde die Kirchenbewegung des „Dega-Protestantismus“ geschaffen, welche die Lehre des Christentums mit dem Ruf nach mehr politischer Freiheit und Bewahrung ihres vererbten Ackerlandes verband. Die Reaktion der Zentralregierung bestand aus militärischer Abriegelung der Region und Verhaftung dutzender Montagnards, denen in manchen Fällen durch Misshandlung Schuldzugeständnisse und öffentliche Bekenntnisse der Reue entlockt wurden. Aus Furcht vor Gefangennahme schlugen sich in der Zeit bis 2002 rund 1000 Montagnards über die nahe Grenze nach Kambodscha, wo sie als Flüchtlinge aufgegriffen und umgehend repatriert wurden.<sup>13</sup> Seither prägten Wellen von Demonstrationen und Repressionen den Konflikt zwischen der Zentralregierung und den Montagnards im zentralen Hochland.

Die Regierung sieht insbesondere in den Hauskirchen einen Vorwand für politischen Aktivismus einer Unabhängigkeitsbewegung und eine Gefährdung des absoluten Machtanspruchs der Partei, während viele Montagnard-Christen der vom Staat anerkannten protestantischen Kirche im zentralen Hochland, der *Southern Evangelical Church*

*of Vietnam* (SECV), misstrauen und bevorzugt in einem für sie kontrollierbaren lokalen Rahmen ihre Religion praktizieren. In der Vergangenheit versuchte die Regierung durch intensive Propagandakampagnen in Verbindung mit militärischen und polizeilichen Operationen in der Region, die Montagnard-Christen zum Beitritt in die anerkannte SECV zu zwingen.<sup>14</sup> Dabei kommandierte die Regierung sogar Eliteeinsatztruppen zur Unterstützung der lokalen Polizei bei der Auffindung abgetauchter Aktivisten ab. Im Zuge dieser Einsätze fanden vor lokalen Gerichten „mobile Prozesse“ für Beschuldigte von Verbrechen gegen die nationale Sicherheit vor versammelter Gemeindebevölkerung statt, um die Botschaft gegen den Dega-Protestantismus mit Nachdruck zu verbreiten. Dabei kam es mehrmals zu behördlich organisierten öffentlichen Zeremonien, wo Montagnard-Christen zur Abkehr von ihrer Religion vor Publikum genötigt wurden.<sup>15</sup>

Die Konflikte beschränken sich jedoch nicht auf das zentrale Hochland. Seit 1975 im Zuge der Machtübernahme der Kommunistischen Partei wurden diverse Ländereien der katholischen Kirche verstaatlicht. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass der vietnamesische Staat grundsätzlich kein Landeigentum anerkennt, sondern lediglich Nutzungsrechte gewährt und dabei gleiches Recht auch für die katholische Kirche walten lässt. So entzog der Staat der katholischen Gemeinde in Hanoi beispielsweise seit 1975 die Nutzungsrechte für fast 100 kirchliche Anlagen und Einrichtungen und führte sie anderen Nutzungszwecken zu.<sup>16</sup> Nach friedlichen Gottesdiensten für die Bitte um Rückgabe dieser Besitztümer griffen im November 2011 rund 100 Personen die katholische Thai Ha Kirche in Hanoi an. Die Randalierer konnten trotz einer hohen Anzahl von Sicherheitskräften unbemerkt entkommen und müssen bis heute keine rechtlichen Konsequenzen befürchten. Betroffene wähten – auch auf Grund der fehlenden Strafverfolgung – deshalb die Kommunistische Partei hinter dem Übergriff, die sich hinter den Krawallmachern vor der Kritik internati-

onaler Menschenrechtsorganisationen verstecken könne. Trotz dieser widrigen Umstände riefen lokale Pastoren ihre Anhänger auf, den Angreifern zu vergeben und von Vergeltungsaktionen abzusehen.

Von einer systematischen Christenverfolgung durch den Staat – wenn man darunter versteht, dass Christen wegen ihres Glaubens Opfer staatlicher Unterdrückung werden, kann man jedoch gegenwärtig nicht sprechen. Repressionen gegenüber Christen sowie anderen Religionen gehören allerdings zum Alltag.

Internationale Reaktionen auf diese Diskriminierung blieben nicht aus. Bei einem Staatsbesuch in Hanoi im Herbst 2011 machte Bundeskanzlerin Angela Merkel nebst der Ausweitung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auch das Fortbestehen von Problemen hinsichtlich der Menschenrechtslage in Vietnam zum Thema.<sup>17</sup> In der Vergangenheit machten insbesondere die EU und die USA Druck auf die Zentralregierung Vietnams, von anhaltenden Restriktionen gegen organisierte Aktivitäten religiöser Gruppen abzulassen. Die USA ihrerseits forderten vorzeigbare Fortschritte in Sachen Religionsfreiheit als Voraussetzung für die Vertiefung der bilateralen Handelsbeziehungen, was andererseits ein Kriterium für den Beitritt Vietnams zur Welthandelsorganisation WTO im Jahre 2007 darstellte.<sup>18</sup>

### **Annäherung an den Vatikan**

Der historische Besuch des vietnamesischen Premierministers Nguyen Tan Dung beim Papst im Vatikan 2007, gefolgt vom Präsidenten Nguyen Minh Triet Ende 2009 ist deshalb wohl auch unter wirtschaftlichen Aspekten zu sehen. Dieser Schritt gab Anlass zur Hoffnung auf eine gewisse Neuorientierung im Umgang mit der Religionsfreiheit in Vietnam, und stellte insbesondere im Hinblick auf die Wirtschaftsbeziehungen zu den USA einen reklamierten Fortschritt dar. Trotzdem ist Vietnam eines der wenigen Länder, mit denen der Vatikan bisher keine offiziellen diplomatischen Beziehungen pflegt. Erst im Februar 2011 hat Papst Benedikt XVI.

einen offiziellen Vertreter für Vietnam ernannt, was als ersten Schritt zur Etablierung von diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Vietnam gewertet werden kann.<sup>19</sup> Falls die diplomatische Beziehung erfolgreich etabliert wird, könnte Vietnam ein Vorbild für die Beziehungen des Vatikans zu anderen asiatischen Ländern, insbesondere China, geben.

Konflikte in der Annäherung beider Parteien sind jedoch vorprogrammiert. Auf der einen Seite kann die vietnamesische Regierung keine Autorität legitimieren, welche nicht aus der Kommunistischen Partei selbst hervorgeht, auf der anderen Seite kann der Heilige Stuhl keinen Eingriff einer säkularen Institution in die Handhabung seiner religiösen Autorität durchgehen lassen.

Nicht zuletzt angesichts der zunehmenden katholischen Gemeinde in Vietnam dürfte jedoch auch der Vatikan an konstruktiver Zusammenarbeit mit Vietnam interessiert sein. Zumal Vietnam zuletzt leichte Verbesserung der Möglichkeit zur Ausübung des Glaubens für Christen und Anhänger anderer Konfessionen in Vietnam gewährt hat. Die Regierung gestattete die Errichtung neuer Kirchen, Gebetshäuser, Pagoden sowie Anlagen für die Ausbildung tausender Mönche, Priester, Nonnen und Pastoren.<sup>20</sup> Sowohl die katholische Kirche als auch protestantische Gemeinden meldeten eine verbesserte Möglichkeit zur Zusammenkunft und Durchführung von Gottesdiensten, und staatlich registrierte Glaubensgemeinschaften konnten vermehrt ihre Oberhäupter unter gewissen Einschränkungen selbst bestimmen.

Erste Schritte zu einem Mehr an Religionsfreiheit hat der vietnamesische Staat unternommen. Wirtschaftlicher Druck spielte dabei sicherlich eine Rolle. Inwieweit eine weitere Öffnung und Rechtssicherheit für die Religionen möglich ist, bleibt jedoch abzuwarten.

---

|| AXEL NEUBERT

Auslandsmitarbeiter Vietnam; Beitrag unter Mitarbeit von Daniel Kestenholz

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Vgl. Hefele & Dittrich (2011): Zur Situation der Christen in Nordost- und Südostasien, KAS-Auslandsinformationen 6/2011, S. 79.
- <sup>2</sup> Vgl. Tofani, Roberto (2011): God and state draw closer in Vietnam, URL [http://www.atimes.com/atimes/Southeast\\_Asia/MB03Ae01.html](http://www.atimes.com/atimes/Southeast_Asia/MB03Ae01.html), [05.06.2012].
- <sup>3</sup> Vgl. Hefele & Dittrich (2011), S. 81.
- <sup>4</sup> Gemäss Zensus 1999. Vgl. Welt auf einen Blick (2007): Religionen nach Ländern, URL <http://www.welt-auf-einen-blick.de/bevoelkerung/religionen.php>, [07.06.2012].
- <sup>5</sup> Vgl. Welt auf einen Blick (2007).
- <sup>6</sup> Vgl. Tofani (2011).
- <sup>7</sup> Vgl. Hefele & Dittrich (2011), S. 88.
- <sup>8</sup> Vgl. U.S. Department of State Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor (2010): International Religious Freedom Report 2010, URL <http://www.state.gov/j/drl/rls/irf/2010/148903.htm> [08.08.2012].
- <sup>9</sup> Vgl. Hefele & Dittrich (2011), S. 90.
- <sup>10</sup> Die Regierung hält strikte Kontrolle über Glaubensgemeinschaften durch den Erlass über Religion und Glauben aus dem Jahre 2004. Die Verordnung beschreibt die Registrierungspflicht für religiöse Gruppierungen, und gibt lokalen Behörden die Handlungsfreiheit im Umgang mit religiösen Aktivitäten und Ernennungen von Glaubensführern lokaler Gruppierungen.
- <sup>11</sup> Vgl. Human Rights Watch (2012): Vietnam: Free Catholic Activists, URL <http://www.hrw.org/news/2012/05/22/vietnam-free-catholic-activists>, [12.06.2012].
- <sup>12</sup> Vgl. Human Rights Watch (2011): Montagnard Christians in Vietnam, A Case Study in Religious Repression, S. 4.
- <sup>13</sup> Vgl. Human Rights Watch (2011), S.4.
- <sup>14</sup> Zur Registrierungspflicht spezifisch für den Protestantismus erließ die Regierung 2005 ein Gesetz, wonach protestantische Gruppierungen bei lokalen Behörden einen Antrag mit Angaben ihrer Anhänger, inklusive Passfotos und biografischen Informationen, stellen müssen. Im gleichen Zug muss die Gruppierung bestätigen, dass sie ihren Mitgliedern keine Teilhabe an Protesten, Aufständen oder „reaktionären“ Bewegungen wie Dega-Protestantismus erlauben wird. Vgl. Human Rights Watch (2011), S. 13.
- <sup>15</sup> Vgl. Human Rights Watch (2011), S. 8.
- <sup>16</sup> Vgl. UCA News (2011): Catholics urged to remain calm, URL <http://www.ucanews.com/2011/11/08/catholics-urged-to-remain-calm> [08.06.2012]
- <sup>17</sup> Vgl. Brauer & Schulze (2011): Bundeskanzlerin besucht Vietnam und spricht ihren Dank an die politischen Stiftungen aus, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Vietnam, S.2.
- <sup>18</sup> Vgl. Tofani (2011).
- <sup>19</sup> Vgl. Tofani (2011).
- <sup>20</sup> Vgl. U.S. Department of State Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor (2010).